

Lassen Sie mich, Herr Minister Meckel, zum Schluß an Sie eine Frage richten. Was verstehen Sie darunter, daß Berlin souverän sein muß? Ich habe da ganz üble Resterinnerungen an das Jahr 1961, als nach dem Mauerbau ein Herr Nikita Chruschtschow eine Freistadt Westberlin verlangte. Ich hoffe, in dieser Richtung war es nicht gemeint. Recht vielen Dank.

(Beifall von der DSU)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage?

Dr. Brecht (SPD):

Herr Professor Walther, wir haben vorhin von dem Ministerpräsidenten gehört, daß er auf Atomwaffen in einem gesamten Deutschland verzichten könnte. Von Ihnen haben wir jetzt gerade gehört, daß ohnehin keine Verfügungsrechte über Atomwaffen von deutscher Seite ausgehen. Aber ich impliziere damit, daß Sie sich gut vorstellen können, daß auf gesamtdeutschem Boden Atomwaffen stehen. Ist das so?

Prof. Dr. Walther (DSU):

Ich kann es mir so lange vorstellen oder halte es sogar für selbstverständlich, solange amerikanische Truppen in Europa und insbesondere auf deutschem Boden stationiert sind. Die Begründung dafür hatte ich gegeben.

Dr. Modrow (PDS):

Das sichert den Frieden, daß die Kernwaffen da sind?

Prof. Dr. Walther (DSU):

Bisher jedenfalls ist der Frieden mehr als Nichtkrieg gesichert worden. Ich hatte auch noch anderen Unterricht in meinem Leben als SED- und ähnlichen Unterricht. Ich habe mich auch anders orientiert.

(Beifall bei der DSU)

(Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl: Herr Walther, gestatten Sie noch eine weitere Anfrage?)

(Zuruf: Würden Sie mir zugestehen, daß das eine andere Aussage ist als die, die der Ministerpräsident eben getroffen hat?)

Da sehe ich keinen Widerspruch.

(Heiterkeit)

Ich habe doch nie gesagt, daß ich Atomwaffen verlange, ich habe nur gesagt: Solange Amerikaner hier sein werden, werden sie nicht auf Atomwaffen verzichten.

(Zurufe)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich möchte die Abgeordneten um Ruhe bitten. Bitte, Herr Heltzig, stellen Sie Ihre Frage.

Dr. Heltzig (SPD):

Herr Walther, für mich macht es keinen Unterschied, ob ich von einer amerikanischen oder von einer sowjetischen Atomrakete erschlagen werde. Wo sehen Sie den Unterschied zwischen dieser Bedrohungslage und einem Suizid?

Prof. Dr. Wa 11 h e r (DSU):

Der Unterschied liegt einfach in der Entfernung von Deutschland zur Sowjetunion und zu Amerika. Das ist der kleine Unterschied, und die USA sind eine Demokratie und die UdSSR leider noch nicht.

(Teils Unmutsäußerungen, teils vereinzelt Beifall)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Als nächsten Redner rufe ich von der Fraktion der Liberalen den Abgeordneten Kney.

Dr. Kney für die Fraktion Die Liberalen:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Regierungserklärung zur Außenpolitik, vorgetragen von unserem Ministerpräsidenten schließt Standpunkte der Fraktion Die Liberalen in sich ein. Ich möchte mich besonders einer sehr sensiblen Seite unserer Außenpolitik widmen, um mich von vornherein im Diskussionsbeitrag einzugrenzen.

Wenn wir von Europa sprechen, dann gehört für uns die Sowjetunion dazu. Die deutsche Seele, so heißt es, ist der russischen nahe.

Die Russen haben in der Phantasie der Deutschen und die Deutschen in der Phantasie der Russen immer einen besonderen Platz eingenommen. Das ist jahrhundertwährende Geschichte, die jedoch von der Erinnerung an zwei grauenvolle Kriege überlagert ist.

Gorbatschows Perestroika liegt im deutsch-deutschen Interesse, wirtschaftlich wie politisch. Die Reise ins nächste Jahrtausend würde sehr viel sicherer sein mit einer wettbewerbsfähigen Sowjetunion, mit einem politisch, wirtschaftlich und nationalistisch nicht aufgeheizten Riesenreich, das sich möglicherweise nach fehlgeschlagenen Reformversuchen wieder abschotten könnte.

Jeder, der sich zum deutsch-sowjetischen Verhältnis äußert, möge sich deshalb überlegen, was er sagt und wie er es sagt.

(Beifall bei der PDS)

Politisches Verständnis, Empfindsamkeit und Sensibilität werden wohl gerade von den Deutschen im Osten erwartet. Unsere Haltung zur Sowjetunion bestimmen wir jetzt, meine Damen und Herren, selbst. Wir müssen sie nicht mehr lieben. Dafür achten wir dieses Land in seinem schweren Ringen um Demokratie um so mehr.

Wegen des Gewichtes der Sowjetunion ist es ein globales Stabilitätsgebot, wie die Demokratisierung, auch und besonders des Wirtschaftslebens, greift. Darüber entscheidet sich der ökonomische Platz dieser militärischen Weltmacht in Europa. Das verlangt unsere Antwort, und sie lautet namens der liberalen Fraktion: Einbeziehung der Sowjetunion in die politische, wirtschaftliche, ökologische und technologische Zusammenarbeit in Europa.

(Beifall bei PDS und SPD)

Die Bürgschaft der Regierung der Bundesrepublik über den 5-Milliarden-Kredit ist nach unserer Auffassung der richtige Weg.

(Schwacher Beifall)

Mit dieser politischen Handlungsweise ist ein weiterer Aspekt verbunden, den ich hervorheben möchte. Es ist der Stationierungsvertrag für die Sowjetischen Streitkräfte von 1957 und seine weitere zeitgemäße Ausgestaltung. Es wäre gut, wenn das vereinte Deutschland einen Teil der Stationierungskosten für die dann ohnehin verringerten Streitkräfte zum Bau von Wohnungen für die in die Sowjetunion zurückkehrenden Armeen-